

Aufbaugildechef verlangt Sozialquote im Wohnungsbau

Rund 10 000 Alleinstehende und Familien suchen in der Region ein bezahlbares Dach über dem Kopf

HEILBRONN Die Stadträte von Heilbronn mögen Weihnachten und die Zeit zwischen den Jahren als besinnliche Tage erleben. Doch nicht nur das. Sie sollen sich besinnen und endlich eine Sozialquote im Wohnungsbau einführen. Das fordern der Geschäftsführer der Aufbaugilde, Hannes Finkbeiner, und die Vorstandsmitglieder der Gilde, Dagmar Lägler und Gabriele Wolpert-Kilian. Anders sei der Wohnraumnot nicht mehr beizukommen.

Finkbeiner schlägt vor, einzuführen, dass bei Neubauprojekten ab acht Wohnungen ein Anteil von 50

Prozent als günstiger Wohnraum angeboten werden muss. Vergleichbare Städte mit ähnlichen Problemen wie Heilbronn hätten längst eine Sozialquote in unterschiedlicher Höhe eingeführt, Mannheim zum Beispiel, aber auch Freiburg, Friedrichshafen und Landau.

Wohnungssuche „Ohne Sozialquote geht es einfach nicht mehr“, sagt Finkbeiner. Nur über die Quote lasse sich die katastrophale Lage am Wohnungsmarkt für Durchschnitts- und Geringverdiener in den nächsten Jahren verbessern. In der Regi-

on Heilbronn suchen rund 10 000 Arme und Wenigerbetuchte zurzeit eine Wohnung. Doch in den nächsten Jahren werden (bisher) nur 300 neue Wohnungen gefördert, die die kommunale Stadtsiedlung baut. Allein bei der Stadtsiedlung sind 1800 Interessenten für eine günstige Wohnung registriert.

Gut hätte sich der Chef der Aufbaugilde vorstellen können, dass im neuen Modellquartier Neckarbogen in Heilbronn mit einer verbindlichen Quote preisgünstiger Wohnraum gebaut werde. Er kritisiert den Stadtrat und die Stadtverwaltung:

„Heilbronn hat die einmalige Chance verpasst zu zeigen, dass man auch bei Großprojekten an die Bürger mit kleinem Einkommen denkt.“

Reich und arm Die gibt es Heilbronn nämlich sehr wohl. Die Stadt gehöre mitnichten zu den reichsten Stadtkreisen, wie manche Statistik vorgaukele, erklärt Hannes Finkbeiner. Die Privathaushalte hätten ein jährliches Nettoeinkommen von 24 600 Euro. Der Landesdurchschnitt liegt bei 27 600 Euro.

Finkbeiner schlägt den Stadträten vor, die Zehn-Punkte-Regeln des

Hamburger Wohnbauexperten Michael Sachs zu beherzigen. Demnach braucht es dringend lokale Bündnisse mit Wohnungsgesellschaften. Die Kosten müssen gedrückt werden, beispielsweise indem Auflagen verringert werden: keine Stellplätze, kein Keller, kleinere Wohnungen bauen. Preiswerter Wohnraum sollte dringend erhalten bleiben, dazu gehört Zurückhaltung bei Modernisierung und Sanierung und ein Zweckentfremdungsverbot. Und: „Wohnungsbau ist Chefsache“, fordert Finkbeiner eine neue Bewertung des Themas. *red*